

Kürzungen für Privatschulen – ein bildungspolitischer Wahnsinn

Von Andreas Hamacher und Dr. Jörg Geerlings

Die Junge Union Neuss verurteilt die jüngst von der Landesregierung beschlossenen Kürzungen im Bildungssektor. Die Landesregierung hat ihr Versprechen gebrochen, den Bildungssektoren von den Kürzungen zu verschonen. Der Beschluss der Landesregierung, die Eigenbeteiligungen der Schulen in freier Trägerschaft zu erhöhen ist, für die Junge Union Neuss nicht akzeptabel. Zunächst sollte eine Erhöhung von durchschnittlich 3% erfolgen. Bisher bewegte sich die Eigenbeteiligung bei 6%, bzw. 13% bei Schulen, die das Schulgebäude mieten. Die ursprünglich geplante Erhöhung um 3% hätte faktisch eine Erhöhung für die Träger der Schulen von bis zu 50% der bisherigen Beteiligung bedeutet. In Zeiten knapper Kassen kann sich eine solche Mehrbelastung kein kirchlicher oder freier Träger leisten.

Als taktisches Kalkül bewertet die Junge Union die „Kürzung der Kürzungen“ auf eine Erhöhung um 1,5%, sprich 25% mehr an faktischer Eigenbeteiligung. Zu vermuten ist, dass dieser Schritt von Anfang an von der Landesregierung geplant war, um den Anschein von Kompromissbereitschaft zu erwecken. Auch 25% mehr Eigenbeteiligung sind gerade für kleinere Träger nicht zu leisten. Während größere Träger möglicherweise kurzfristig auf angesparte Ressourcen zurückgreifen können, entfällt diese Möglichkeit für die kleineren Träger völlig. Als zwingende Folge sieht die Junge Union die Schließung vieler Schulen in freier Trägerschaft, da sie nicht mehr zu finanzieren sind. Genau hierin liegt aber auch die Krux: das Land ist in diesem Fall nämlich verpflichtet, staatlichen Ersatz für die entfallenen Privatschulen zu schaffen, sprich staatliche Trägerschaft auch in finanzieller Hinsicht zu 100%. Dadurch ist erkennbar, dass sich die Landesregierung durch die Kürzungen ein finanzpolitisches Kuckucksei legt und dem Landeshaushalt somit einen Bärenienst erweist.

Durch diesen Umstand wird ersichtlich, dass nicht das Land durch die Subventionierung die Privatschulen entlastet, sondern vielmehr die bestehenden Privatschulen, die eigenverantwortlich handeln, den Landeshaushalt. Die Junge Union Neuss verurteilt in diesem Zusammenhang die vom Land dargebotene Undankbarkeit gegenüber den Schulen in freier Trägerschaft, die durch die Chaospolitik des Landes an den Existenzabgrund getrieben werden. Nach Schätzungen der kirchlichen Träger müssen durch diese Maßnahmen der Landesregierung bis zu 20% aller Privatschulen geschlossen werden. Dies widerspricht dem Gebot der Subsidiarität und fördert zentralistisches Denken. Die Junge Union verurteilt die desolante Politik der Landesregierung, die durch ihre ideologischen Scheuklappen das Gebot der Nachhaltigkeit aus den Augen verliert. Denn was jetzt durch die Mehrbelastungen der Privatschulträger im Landeshaushalt eingespart wird, wird den Landeshaushalt mittelfristig umso mehr belasten, da staatlicher Ersatz für die dadurch geschlossenen Privatschulen bereitgestellt werden muss und das Land hier 100% der Finanzierung zu tragen hat.

Im Übrigen haben Studien u.a. in Hamburg ergeben, dass ein Schüler an einer Privatschule für das Land 44% günstiger ist als ein Schüler, der an einer staatlichen Schule ausgebildet wird. Eine vergleichbare Studie wurde bisher von der Landesregierung für NRW stets abgelehnt. Die Probleme, die durch die PISA-Studie offen gelegt wurden, müssen insgesamt zu einer Neubewertung im Bildungssektor ohne ideologische Scheuklappen führen.

Bisher hatte Rot-Grün die positive Besetzung des Begriffes „Elite“ stets verkannt. In jüngsten Überlegungen vollzieht die rot-grüne Bundesregierung jedoch eine Abkehr hin zu einer positiven Begriffsbestimmung und möchte in Deutschland 10 Elite-Universitäten einrichten, wobei freilich deren Finanzierung als unrealistisch erscheint. Bevor man das Dach baut, muss

ein Haus erstmal über ein solides Fundament verfügen. Dieses Fundament muss im schulpolitischen Bereich gegossen werden. Sollte sich also im Rahmen der in Auftrag zu gebenden Studie herausstellen, dass Privatschulen auch in NRW finanziell und auch qualitativ besser sind als staatliche Schulen, so können hier gezielt Eliten gefördert werden. Diese Eliten braucht unser Land, da Bildung für NRW ein wesentlich bedeutsamerer Rohstoff ist als die viel zu stark subventionierte Kohleförderung. Es geht hier um die Zukunft unseres Landes.

Die Junge Union Neuss fordert deshalb:

1. Die Durchführung einer umfassenden Vergleichsstudie in NRW, die objektiv die Kosten für Schüler an staatlichen und privaten Schulen miteinander vergleicht.
2. Die sofortige Rücknahme der Kürzungen im Bildungshaushalt, insbesondere die Rücknahme der Eigenbeteiligungserhöhung für Privatschulen.
3. Eine weitere Förderung und Neugründung von Privatschulen im Primar- und Sekundarbereich, auch im Hinblick auf finanzpolitische Nachhaltigkeit und im Hinblick auf eine Qualitätssteigerung als Antwort auf die katastrophalen Ergebnisse der PISA-Studie.

